Fälle 15 – 17 Unirep Schuldrecht AT**Fall 15: Nutzungsausfallentschädigung bei Rücktritt wegen Sachmangels**

K kaufte am 11. 4. 2005 als Verbraucherin von V, einer Gebrauchtwagenhändlerin, einen gebrauchten Pkw Honda Jazz 1.4 ES zum Preis von 13 100 Euro. Im Kaufvertrag wurde unter der Rubrik „Besondere Vereinbarungen“ unter Hinweis auf Vorschäden handschriftlich vermerkt, dass keine Unfallfreiheit bestand. Noch vor Übergabe des Fahrzeugs am 13. 4. 2005 holte V einen Zustandsbericht der F-Schaden- und Wertgutachterdienst-GmbH ein. Dieser kam zu dem Ergebnis, dass das Fahrzeug einen in Stand gesetzten Karosserieschaden aufweise, der aber ohne Einfluss auf dessen Betriebs- und Verkehrssicherheit sei. Tatsächlich war das Fahrzeug bei Übergabe an K wegen eines nicht fachgerecht beseitigten Unfallschadens an der Vorderachse nicht betriebs- und verkehrssicher, was durch eine Inaugenscheinnahme ohne die Demontage von Verkleidungsteilen erkennbar war. K verlangte mit Schreiben vom 6. 10. 2005 und vom 3. 1. 2006 die Rückabwicklung des Kaufvertrags. Das Fahrzeug nutzte sie seit dem 8. 12. 2005 nicht mehr. Am 22. 4. 2006 erwarb sie einen – zwei Tage später auf sie zugelassenen – Gebrauchtwagen. V wurde mit rechtskräftigem Urteil des *LG Berlin* vom 20. 2. 2007 zur Rückzahlung des Kaufpreises abzüglich einer Nutzungsausfallentschädigung von 324,09 Euro nebst Verzugszinsen seit dem 14. 10. 2005 verurteilt, Zug um Zug gegen Rückgabe des Fahrzeugs. Ferner wurde festgestellt, dass sich die V mit der Rücknahme des Fahrzeugs in Annahmeverzug befand. Nun verlangt K für den Zeitraum vom 8. 12. 2005 bis zum 24. 4. 2006 (168 Tage) von V, die eine Verletzung der Schadensminderungspflicht einwendet, den Ersatz ihres Nutzungsausfallschadens (38 Euro pro Tag, insgesamt 6384 Euro). Ferner begehrt sie Erstattung der für das zurückgegebene Fahrzeug aufgewendeten Auslagen für Haftpflicht- und Kaskoversicherung sowie für Kraftfahrzeugsteuer (842,45 Euro) und der für das Ersatzfahrzeug angefallenen Zulassungskosten (75 Euro).

Literatur: BGHZ 174, 290; BGH NJW 2010, 2426; wie Fall 13.

Fall 16: Annahmeverzug

Gesa hatte bei der Fahrschule *Schnell* mit dem Fahrunterricht begonnen. Sie wurde jeweils zu Beginn der Fahrstunde vom Fahrlehrer an ihrer Wohnung abgeholt. Eines Tages verstauchte sich *Gesa* den Fuß und konnte deswegen am Fahrunterricht nicht teilnehmen. Sie rief daher eine Stunde vor Beginn der nächsten Fahrstunde bei *Schnell* an und teilte ihm mit, dass die Fahrstunde wegen ihrer Verletzung ausfallen müsse. Da *Schnell* keinen anderen Fahrschüler für die ausgefallene Stunde einsetzen kann, verlangt er von *Gesa* die vereinbarte Vergütung von 40 € *Zu Recht?*

Literatur: *Medicus*, SchR I, Rn. 426 ff.; *Brox/Walker*, Allg. SchuldR, § 26; *Looschelders*, SchR AT, Rn. 747 ff.

Fall 17: Unmöglichkeit und Annahmeverzug

K kauft bei V ein Fernsehgerät der Marke Sony. Das Gerät sollte am 25.01. zwischen 13.00 und 18.00 Uhr geliefert und angeschlossen werden. Da K am Tag der Lieferung diesen Termin wieder vergessen hatte, musste der Monteur des V nach vergeblichem Warten das Gerät wieder zu V zurückbringen. Auf der Rückfahrt verschuldete M leicht fahrlässig einen Unfall, bei dem das Fernsehgerät zerstört wurde.

- Kann K von V Lieferung eines neuen Fernsehgeräts der Marke Sony verlangen?
- Kann V von K den vereinbarten Kaufpreis in Höhe von 800 € verlangen?
- Kann V von K die Transportkosten (20 €) ersetzt verlangen?

Literatur: *Fritzsche*, Fälle zum Schuldrecht I, 6. Aufl. 2014, Fall 9.